

.....
W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 19. September 1930.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 18'30 Uhr die Sitzung. Dem Gemeinderat liegt ein Dringlichkeitsantrag der Gemeinderätin Schlösinger vor. Er lautet: Seit mehreren Jahren gehört es zur Gepflogenheit der Schulbehörde, mit Beginn des Schuljahres Schülerversetzungen in einem so exorbitanten Ausmass vorzunehmen, dass hiedurch einer geordneten Schulverwaltung geradezu Hohn gesprochen und in Eltern- und Lehrerkreisen grösste Erbitterung hervorgerufen wird. Auch der heurige Schulbeginn steht in diesem Zeichen.

Trotzdem in vorigen Schuljahr bei einer Steigerung der Schülerzahl um 2519 (1929/30) besuchten 128.130 Kinder die öffentlichen Volks- und Hauptschulen gegenüber 125.611 im Vorjahr) nicht weniger als 157 Klassen aufgelöst und damit 9 - 10.000 Kinder gezwungen wurden, in eine andere Schule zu übersiedeln, verlautet, dass für das eben begonnene Schuljahr neuerdings 105 Klassen aufgelassen werden sollen. Ohne Rücksicht auf Wohnung und bisherigen Schulbesuch werden die Kinder, Schachfiguren gleich, verschoben: zum Beispiel aus dem VII. in den XVI. Bezirk, aus dem XVI. in den VII. Bezirk; aus dem VIII. in den VI., aus dem VI. in den VIII. Bezirk; aus der Glaergasse IX. Bezirk in die Brigittenau und in die Innere Stadt. Kinder, die im II. Weintraubengasse wohnen wurden nach I Renngasse übersiedelt. Ein besonders eklatanter Fall von Missachtung aller Eltern- und Schülerrechte ist folgender: In die IV a Klasse an der Knabenhauptschule VIII Zeltgasse 7 sollen 28 Schüler aufsteigen, eine Zahl, die im Zeitalter der Schulreform ausreicht, um eine Klasse zu füllen. Hievon wohnen 26 Kinder im VIII. Bezirk und haben da selbst ihre bisherige Schulzeit verbracht, nur zwei wohnen in anderen Bezirk. Diese Klasse wird ausgerechnet im letzten Jahr der Schulpflicht als überflüssig erklärt und sämtliche 28 Schüler werden in Schulen des VII. Bezirkes übersiedelt, wohin sie der Schulweg über vier Hauptstrassen führt. In der Hauptschule VIII Albertgasse wird dagegen eine 4. Klasse erhalten, die bloss 20 Schüler zählt, welche aus den verschiedensten Bezirken zusammengeholt wurden um dieser für Auslandsbesuche bestimmten Schule ihren Klassenstand und ausgewähltes Schülermaterial zu sichern. Auch anderwärts tritt in Erscheinung, das bevorzugte Schulen und parteipolitisch bevorzugte Schulleiter Auffüllung der Schüler- und Klassenzahl auf Kosten anderer Schulen erfahren. Das Unrecht an den aus der Zeltgasse ausgeschulten Kindern wird erhöht durch den Umstand, dass sie im VII. Bezirk in überfüllte Klassen gepropft wurden, wo sie in Ermangelung genügender Schulbänke auf Sesseln Platz nehmen sollen, die an der Fensterwand aufgestellt wurden. Es ist nicht zu verwundern, dass die Eltern der betroffenen Schüler in hellster Empörung gegen solche Misswirtschaft Stellung nehmen. Sie sind in den Schulstreik getreten. Gründe für solche Maßnahmen, die alle Gesetze der Pädagogik wie der Schulhygiene aufs gröblichste verletzen, können nur auf fiskalischen und parteipolitischen Gebiet gesucht werden. Seit Jahren macht sich empfindlichster Lehrermangel bemerkbar, worauf von unserer Seite wiederholt im Gemeinderat nachdrücklich verwiesen wurde. Anstatt diesem anzuhelfen durch Neuanstellungen aus dem Nachwuchs der etwa 3000 stellenlosen Junglehrer, zieht man Schulen und Klassen in einem Ausmass zusammen, dass aus dem in den letzten Jahren um je 150 bis 200 Personen verminderten Lehrstand Hunderte von "überzähligen" Lehrkräften gewonnen werden. Ein solcher Art in ständige Unruhe versetzter Schulbetrieb kann nur zum Schaden der Jugend sich auswirken. Gründliche Abhilfe ist unerlässlich.

Es wird daher der dringliche Antrag gestellt, der Herr Bürgermeister als Präsident des Stadtschulrates wird aufgefordert, ungesäumt die entsprechenden Weisungen zu erlassen, dass die ganz und gar unangenehmen, den Schulbetrieb schwer schädigenden und die Elternschaft beunruhigenden Umschulungen eingestellt respektive rückgängig gemacht werden.

Bürgermeister Seitz: Die Frau Gemeinderätin Schlösinger hat erst knapp vor der Sitzung einen Dringlichkeitsantrag eingebracht. Ich ersuche die Mitglieder des Gemeinderates, solche Dringlichkeitsanträge, die eigentlich Anfragen sind, zeitgerecht einzubringen, um die Beantwortung der Anfrage in der jeweiligen Sitzung zu ermöglichen. Zur Erledigung solcher dringlicher Anfragen sind fast in allen Fällen Erhebungen notwendig, die jedoch nicht durchgeführt werden können, wenn die Anfragen zu spät überreicht werden.

Die Tagesordnung umfasst 41 Punkte, Redner sind jedoch nur zu zwei Punkten gemeldet. Die übrigen Anträge werden ohne Debatte genehmigt.

St. R. Richter berichtet über die Herstellung von Pissoiranlagen im III. Bezirk am Modenapark, im XII. Bezirk, Marschallplatz, im XVI., Bezirk Galitzinstrasse-Funkengergasse und im XXI. Bezirk Siegesplatz-Gross Enzersdorferstrasse. Die Kosten betragen 24.000 Schilling.

G. R. Stöger (E. L.) protestiert gegen die Anbringung von Schutzmittelautomaten in den Bedürfnisanstalten. Bei uns überragt die Zahl der Säрге die der Wiegen. Im Interesse der Wiener Bevölkerung und des ganzen Volkes müssen wir dagegen protestieren, dass die Gemeinde durch die Duldung solcher Schutzmittelautomate in den Bedürfnisanstalten sich als Totengräber des deutschen Volkes betätigt. (Beifall).

G. Millik (E. L.) verlangt die Errichtung einer Bedürfnisanstalt nach dem System Betz in Liebhartsdorf, da dieses immer stärker besucht wird.

St. R. Richter erwidert dem Gemeinderat Stöger, dass es sich bei dem von diesem besprochenen Automaten doch um Massenmorden gegen die Gefährdung der Gesundheit handelt. Dem Wunsche des G. R. Millik könne vorläufig nicht entsprechen werden, da mit der Aufstellung einer anderen Bedürfnisanstalt schon begonnen wurde. - Der Referentenantrag wird angenommen.

G. R. Schneider referiert über den Neubau eines Regenwasserkanales in der Boergasse, in der verlängerten Endergasse mit einem Kostenerfordernis von 48.000 Schilling. - G. R. Gschladt (E. L.) bezeichnet es als einen Skandal, dass dem Bezirksteil Altmannsdorf Hetzendorf noch immer jede Kanalisierung fehle und zwar deshalb, weil sich die Gemeinde Wien weigert, den vertragsmässig auf sie entfallenden Teil für den Liesingkanal zu bauen, wodurch der Bau dieses Kanals verhindert wird. Namens der Bevölkerung dieser Bezirksteile verlangt er die endliche Kanalisierung. (Lebhafter Beifall bei der E. L. -) G. R. Schneider erinnert daran, dass sich die Gemeinde Wien seinerzeit bereit erklärt hat, sich an den Bau des Liesingkanals mit 20 Prozent zu beteiligen, dass sie daher den Vertrag eingehalten hat, dass aber die Durchführung des Projekts daran gescheitert ist, dass zwei Gemeinden nicht mittun wollten. Der Referentenantrag wird angenommen. - Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Es wird der Dringlichkeitsantrag Schlösinger und Kollegen in Verhandlung gezogen. G. R. Schlösinger begründet die Dringlichkeit zunächst damit, dass es unverantwortlich sei, Kinder aus den bisherigen Schulen herauszureissen und sogar in fremde Bezirke zu versetzen. Hundert Klassen sollen aus rein fiskalischen Gründen aufgelassen werden. Dringlich ist aber auch die Behandlung im Interesse der Lehrerschaft, da eine gedeihliche Arbeit bei Schülerzahlen von 45 bis 60 unmöglich ist. Ausserdem gibt es 3000 stellenlose Junglehrer, die nicht angestellt werden können. G. R. Schlösinger ersucht den Bürgermeister, die Misstände untersuchen und abstellen zu lassen, da die Empörung in Lehrer- und Elternkreisen sehr gross ist. Bürgermeister Seitz erklärt, dass er sofort, als er die dringliche Anfrage erhalten habe, sie an den Stadtschulrat mit dem Auftrage zu einer Aeusserung weitergeleitet habe. Die Aeusserung konnte bisher wegen der Kürze der Zeit nicht einlangen. Selbstverständlich werde er jede Beschwerde, die an ihn in dieser Beziehung gelangt, an den Stadtschulrat zur Aeusserung weiterleiten und für eine genaue Überprüfung sorgen.

Die Dringlichkeit wird unter lebhaftem Protestrufen der Minderheit abgelehnt.

Schluss der Sitzung 19 Uhr.